

Vor dem Frieden mit Deutsch- österreich.

Telegramm unfres Sonderberichterstatters.
St.-Germain, 28. Juni.

Der Friede mit Deutschland ist unterzeichnet. Nun ist es Aufgabe des obersten Rates der Alliierten, der Montag in seiner neuen Zusammenfassung zum erstenmal zusammentritt, auch den Frieden mit Deutschösterreich zu Ende zu führen. Wie rasch das geschehen wird, darüber gehen die Meinungen der Delegation nach wie vor stark auseinander. Wenn die Verhandlungen den normalen Verlauf nehmen, der ihnen eigentlich vorgezeichnet ist, dann können wir noch recht lange in Saint-Germain sitzen, und erst heute hat mir ein führendes Mitglied der Delegation versichert, daß man auf dem Wege der Berechnung selbst dann zur Annahme einer Verhandlungsdauer von noch etwa sechs Wochen gelangt, wenn die Nachricht des „New York Herald“ richtig ist, daß wir zu Beginn der nächsten Woche den zweiten Teil der Friedensbedingungen erhalten sollen. Trifft diese Mitteilung zu, dann müßte der Entwurf bereits fertiggestellt sein, und der oberste Rat würde lediglich noch die Ankunft der neuen italienischen Delegation abwarten, um ihre formelle Zustimmung zu erhalten. Diese Annahme würde sich auch mit der bereits wiedergegebenen Nachricht des „Corriere“ decken, die besagt, daß unser Vertrag nahezu fertiggestellt sei.

Es fehlt aber auch nicht an Stimmen in der Delegation, die erklären, daß die Verhandlungen nun rasch zu Ende gehen werden. Das sind diejenigen, die an die Möglichkeit glauben, daß die Großmächte sich entschließen werden, mit Deutschösterreich einen Rahmenfrieden zu schließen und die Lösung der nicht in diesen fallenden Probleme, also vor allem den Liquidierungskomplex, späterer kommissioneller Lösung vorzubehalten. Dem würde eigentlich die zitierte Meldung des „Corriere“ widersprechen, die schon ganz konkrete detaillierte Daten zur Liquidierungsfrage anführte. Aber es wäre immerhin möglich, daß es sich dabei um Anträge und nicht schon gefasste Beschlüsse handelte. Der Wiener Korrespondent der „Chicago Tribune“ verweist jedenfalls in seinem sehr interessanten Artikel über unsere Lage darauf, daß von amerikanischer Seite in Paris sehr energisch dafür plädiert wird, aus dem deutsch-

Nr. 177

Wien, Sonntag

Neues Wiener Tagblatt.

29. Juni 1919.

8

österreichischen Frieden die Sukzessionsprobleme zunächst auszuschalten. Diese Auffassung entspricht ungefähr auch derjenigen der „Westminster Gazette“, die mit Bezug auf die nach dem deutschen Friedensschluß noch zu erledigenden Materien vorschlägt, sie in den großen Linien zu lösen, in den Details aber dem Völkerbund zu überlassen.

Diese Ansichten bedeuten eine erfreuliche Annäherung an das in den Notizen der Delegation vorgelegene Prinzip, daß nur ein Friede möglich ist, der die internationale Rechtsstellung Deutschösterreichs dahin aufstellt, daß die Sukzessionsstaaten ihres Charakters als mit unserm Bunde kriegführender Staaten entkleidet werden.

Dieser Standpunkt, der zuerst in der Rechtsstellungsnote zum Ausdruck kam, ist seither in den wirtschaftlichen Notizen noch unterstrichen worden und wird auch in der Gesamtentschuldung ganz eingehend dargelegt werden. Macht in sich der Oberste Rat wirklich zu eigen, anerkennt er, daß die rechtlichen und tatsächlichen Beziehungen der auf dem Boden der Monarchie entstandenen Staaten in Wirklichkeit nie unterbrochen wurden, und zieht er daraus die unumgänglichen Schlussfolgerungen, dann allerdings könnte der Friede für Deutschösterreich in Kürze besiegelt sein.

Eugen Bendorff.

Die Abgrenzung Deutsch- österreichs.

Telegramm unfres Sonderberichterstatters.
St.-Germain, 28. Juni.

Die Delegation hat sich entschlossen, einen Teil der detaillierten Gegenansprüche in Form fertiger Vertragsbestimmungen, die ursprünglich der Endantwort vorbehalten waren, schon jetzt an die Entente abgeben zu lassen. Es handelt sich hierbei um die Vorschläge betreffend die zukünftige Abgrenzung Deutschösterreichs. Ueber die Beweggründe, die dazu führten, und die Gedankengänge der Note selbst erhalte ich folgende Aufklärungen:

Die bisherigen Anmerkungen der Delegation zu den Gebietsbestimmungen des Vertragsentwurfes scheinen bei den Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte größtes Verständnis gefunden zu haben. Der

Gedanke in unserer Gebietsentschuldung „Zum Leben braucht jeder Staat das Gebiet und die Unterhaltungsmöglichkeit seines Volkes“ scheint den gewünschten Eindruck hervorgerufen zu haben. Bekanntlich liegt der leitende Gedanke unserer Gebietsanträge im Hinweis auf den Willen der Einwohner aller Teile Deutschösterreichs, ein Plebiszit solle über ihre künftige Staatszugehörigkeit entscheiden.

Bereits vor einigen Wochen hat Doktor Kerner dem Viererrat unsere Vorschläge betreffend dieses Plebiszits überreicht. In den letzten Tagen ist nun bekannt geworden, daß die Alliierten mehrere Kommissionen mit dem Studium unserer Notizen betraut haben. Leider geschieht das wieder, ohne daß eine persönliche Fühlung mit unsern Vertretern stattfinden würde. Wie schädlich das für unsere Sache ist, geht wohl am besten daraus hervor, daß nicht nur unsere nationalen Interessen, sondern auch diejenigen des Friedens erst in diesen Tagen wieder schwer dadurch gefährdet werden, daß wir in der Rätterfrage unsern Standpunkt in Paris nicht genügend wahren konnten. Das ist natürlich ganz unmöglich, so lange wir uns auf die Abgabe von Notizen beschränken müssen, während unsere Gegner unausgesetzt das Ohr der Räte haben. Es ist also nur begreiflich, wenn die maßgebenden Männer der Delegation von Sorge darüber erfüllt sind, daß diese Verhandlungen wieder hinter verschlossenen Türen stattfinden.

Aber auch technische Bedenken haben sich ergeben. Zwar ist man der festen Ansicht, daß das Prinzip des Plebiszits nach allen Neuerungen der Mächte nicht abgelehnt werden kann, aber es könnte den Anschein haben, daß der Hinweis auf die Volksabstimmung eine endgültige rasche Lösung, nach der alles drängt, verzögern müsse, da ja ein endgültiger Friedensvertrag Grenzbestimmungen erfordert, was bei Festsetzung der Volksabstimmung nicht möglich wäre. Die Delegation erbringt daher den Beweis, daß die Festsetzung des Plebiszits den Friedensschluß keineswegs verzögern muß, daß im Vertrag keine andern Grenzbestimmungen notwendig sind als der Hinweis auf die Ergebnisse der Volksabstimmung. Voraussetzung ist allerdings ein Sondervertrag, aus dem sich der Weg, die Grenzen festzusetzen, mit voller Klarheit ergibt. In unserer Note sind nun Grenzlinien nur dort bezeichnet, wo sie von keiner Seite angefochten werden, also gegen die

Schweiz, gegen Bayern und die Marchlinie gegen Ungarn.

Im übrigen werden lediglich die Gebiete angeführt in denen die Volksabstimmung stattfinden hat, also alle Territorien, die uns von unsern Nachbarn im Norden und Süden strittig gemacht werden und deren Wille, mit Deutschösterreich vereint zu leben, auf gemeinsamer Rasse und Sprache, auf wirtschaftliche und kulturelle Gemeinschaft sich gründet. Die Grenze soll je nach dem Ergebnis der Abstimmung jenseits der letzten sich für uns erklärenden Gemeinde gezogen werden. Wo sich eingesprenzte fremde Volksteile ergeben, soll die Mehrheit innerhalb des ganzen strittigen Gemeindefeldes entscheiden. Neu ist bei diesen Vorschlägen namentlich die Bestimmung, daß die auf Grund des Ergebnisses der Abstimmung sich ergebenden Grenzen vom Rat des Völkerbundes feierlich verkündet werden sollen.

Weitere Vorschläge gehen dahin, daß schon eine Woche nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die Abstimmungsgebiete von ihren bisherigen fremden Besatzungstruppen zu räumen sind. An ihre Stellen sollen Truppen einer unparteiischen dritten Macht treten. Diese haben für die Aufrechterhaltung der Ruhe und die Durchführung des Friedensvertrages zu sorgen. Einen Monat nach Inkrafttreten des Abstimmungsergebnisses erfolgt die Räumung. Selbstverständlich enthalten unsere Vorschläge auch Bestimmungen über die Option. Auch soll sichergestellt werden, daß eine durch Option erlangte Staatsbürgerschaft den Verlust der Staatsbürgerschaft anderer Staaten nach sich zieht.

Eugen Bendorff.

Der Friedensvertrag mit Deutsch- österreich.

Ein ungerechtes und gänzlich verkehrtes Dokument.

St.-Germain, 28. Juni. Der Wiener Korrespondent der „Chicago Tribune“ schreibt: Die Fragen des südöstlichen Europa werden nur dann aufgehört, Kriegsdrohungen für die Welt zu sein, wenn man ehrlich, geduldig und unermüdet sucht, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu lösen. Der österreichische Friedensvertrag ist dazu nicht im entferntesten geeignet, und